

Einsatz in Afghanistan

Fragen und Antworten

Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Stellvertretender Vorsitzender

10. vollständig überarbeitete Ausgabe

Warum können wir jetzt die Zahl der Soldaten verringern?

Das neue Mandat sieht vor, die Zahl der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz in Afghanistan auf 4400 zu senken. Diese Obergrenze umfasst Kräfte für die Rückführung von Material und Personal. Bis Anfang 2014 soll diese im Einklang mit der Entwicklung der Sicherheitslage und dem Fortgang der Transition auf 3300 weiter reduziert werden, soweit dies die Lage erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände zu gefährden.

- Nach dem Strategiewechsel 2010 können wir nun den konkreten Abzug unserer ISAF-Soldaten ins Auge fassen. Bis Ende 2014 soll der ISAF-Einsatz der Bundeswehr beendet sein.
- Wir können das Ende des ISAF-Einsatzes bis 2014 verantworten, weil selbsttragende afghanische Sicherheitsstrukturen Gestalt annehmen. Ein erfolgreicher Verlauf der Transition ermöglicht die verantwortungsvolle Rückführung und schließlich Beendigung des ISAF-Engagements bis Ende 2014.
- Der Transitionsprozess verläuft planmäßig:
 - **Deutschland** arbeitet mit seinen **Ausbildungsprogrammen** mit Nachdruck daran, dass afghanische Kräfte so schnell wie möglich eigenständig für Sicherheit sorgen können. Die **aktuelle Stärke der afghanischen Sicherheitskräfte** beträgt ca. 345.000 und damit **98 Prozent der geplanten Gesamtstärke**.
 - In wenigen Wochen werden **90% der afghanischen Bevölkerung in Gebieten unter afghanischer Sicherheitsverantwortung** leben. Die afghanischen Sicherheitskräfte sollen bis Ende 2014 in der Lage sein, die Sicherheitsverantwortung landesweit und vollständig wahrzunehmen.
 - **Im deutschen Verantwortungsbereich** im Norden haben **afghanische Kräfte de facto vollständig die Führungsverantwortung von Sicherheitsoperationen** übernommen. Die Übergabe des „Provincial Reconstruction Teams“ in Kundus in zivile afghanische Verantwortung ist Ausdruck der Fortschritte.

- Die **Sicherheitslage hat sich verbessert**, auch wenn wir noch nicht an dem Ziel angelangt sind, wo wir einmal stehen wollen. Die Zahl der Gefechte ging 2011 erstmals insgesamt zurück.
- Dieser Trend hat sich 2012 fortgesetzt. Auch deshalb ist die Übergabe in Verantwortung möglich.
 - Nach einer Umfrage der *Asia Foundation* sind **heute mehr Afghanen optimistischer** als vor einem Jahr **und weniger** von ihnen geben an, **um ihre persönliche Sicherheit besorgt** zu sein.
- **Die Zahl der Überläufer hat zugenommen.** 5400 Aufständische wurden bisher reintegriert, davon etwa 450 ehemalige Anführer.
- **Die Reduzierung unseres Bundeswehr-Kontingents birgt aber Herausforderungen:** Der ISAF-Auftrag (Stabilisierung / Ausbildung) muss fortgeführt werden, gleichzeitig läuft die Rückverlegung von Material und Personal. Zudem muss die internationale Nachfolgemission zur kontinuierlichen Ausbildung und Befähigung der afghanischen Sicherheitskräfte vorbereitet werden.
- Für die CDU/CSU ist der **Schutz unserer Soldaten zentral**, daher muss **militärische Handlungsfähigkeit bis zum Ende der ISAF-Mission gewährleistet bleiben**

Was muss bis 2014 geschehen?

Anfang 2010 hat die internationale Gemeinschaft einen Strategiewechsel in Afghanistan vollzogen. Bei der Londoner Konferenz wurde der Einstieg in eine schrittweise Übergabe der Verantwortung für Wiederaufbau und Sicherheit in afghanische Hände ab 2011 vereinbart. Dafür verstärkt die Internationale Gemeinschaft den Aufbau der afghanischen Sicherheitsorgane und die zivile Hilfe. Die Transition der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände soll bis 2014 abgeschlossen sein. Dann wird der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in der bisherigen Form beendet sein. Bis dahin werden die ISAF-Truppen schrittweise und verantwortungsbewusst abgebaut und die Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) aufgelöst.

Um unser Ziel einer vollständigen Übergabe der Sicherheitsverantwortung bis 2014 zu erreichen, sind insbesondere fünf Dinge wichtig:

1. **Die Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte müssen weiter verstärkt werden** – daran wird mit Nachdruck gearbeitet. Der quantitative Aufbau ist weitgehend abgeschlossen, aber die qualitativen Defizite müssen durch kontinuierliche Ausbildung und Beratung weiter reduziert werden – auch über 2014 hinaus.
2. **Die afghanische Seite muss mit uns an einem Strang ziehen** und ihre eingegangenen Verpflichtungen (gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, Aufbau einer unabhängigen Justiz) mit Nachdruck umsetzen.
3. **Der politische Prozess ist von essentieller Bedeutung.** Versöhnung und Machtverteilung müssen unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen voran gebracht werden. Dabei können wir helfen, aber letztlich können nur die Afghanen selbst hier Einigung erzielen.
4. **Ein regionaler Lösungsansatz muss weiter mit aller Kraft verfolgt werden.** Afghanistan und seine Nachbarländer verständigten sich im Juni 2012 in Kabul auf vertrauensbildende Maßnahmen, u.a. bei der Terrorismus- und Drogenbekämpfung. Damit besteht erstmals ein umfassender Regionalprozess. Insbesondere Pakistan muss aktiv die Stabilisierung Afghanistans unterstützen, sonst kann Afghanistan nicht zur Ruhe kommen.

5. **Wir müssen auch nach 2014 unser Engagement beim Wiederaufbau und bei der Sicherheit fortsetzen**, um Afghanistan bei der weiteren Entwicklung und Stabilisierung zu unterstützen und Erreichtes zu bewahren. Von Afghanistan darf keine Gefährdung mehr für unsere Sicherheit ausgehen.

· **In dem Maß, wie die Afghanen die Lage sicher und nachhaltig kontrollieren können, können wir unser militärisches Engagement zurückfahren. Eine verantwortungsvolle Übergabe der Sicherheitsverantwortung hat aber Vorrang vor angestrebten Zeitplänen!**

· **Die Reduzierung des ISAF-Engagements 2013/14 muss mit unseren Partnern abgestimmt sein und ist logistisch herausfordernd. Die militärische Handlungsfähigkeit muss bis zuletzt erhalten bleiben, um unsere Bundeswehr-Kräfte nicht zu gefährden.**

- 2013/14 sollen die ISAF-Kräfte beschleunigt, aber verantwortungsvoll und lageangepasst reduziert werden. Gleichzeitig muss die neue Ausbildungsmission vorbereitet werden.

Wie wird unser Engagement nach 2014 aussehen?

Die internationale Gemeinschaft hat sich bei der Bonner Afghanistan-Konferenz vom 5. Dezember 2011 verpflichtet, Afghanistan nach 2014 in einer „Dekade der Transformation“ weiter zu unterstützen. Bei ihrem Gipfel im Mai 2012 in Chicago sagte die NATO zu, die afghanischen Sicherheitskräfte auch nach 2014 auszubilden, zu beraten, zu unterstützen und zu finanzieren. Im Juni 2012 beschloss die internationale Gemeinschaft in Tokio die Fortsetzung des zivilen Engagements und der finanziellen Unterstützung Afghanistans mit rund 4 Milliarden Dollar pro Jahr in der Transformationsdekade ab 2015. Diese Zusagen sind an konkrete Reformschritte der afghanischen Regierung geknüpft.

- Die im Juli 2011 begonnene **Transition in afghanische Sicherheitsverantwortung** soll **bis Ende 2014** beendet sein. Bis Mitte 2013 soll der Übergabeprozess in ganz Afghanistan eingeleitet sein.
- Ein erfolgreicher Transitionsverlauf wird die **verantwortungsvolle Reduzierung und schließlich die Beendigung des ISAF-Engagements** ermöglichen.
- **Unser Engagement wird sich qualitativ verändern, aber es ist und bleibt langfristig.** Unsere Verantwortung für Afghanistan endet nicht mit der ISAF-Mission.
- Die Transformation eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder ist eine Generationenaufgabe. Insbesondere die **zivile Aufbauhilfe** in den Bereichen Regierungsführung und Entwicklung wird weiter an Bedeutung gewinnen.
- **Die afghanischen Sicherheitskräfte werden auch über 2014 hinaus Bedarf an Ausbildung, Beratung und Unterstützung haben.** Die erreichte Sicherheit des Landes und Selbständigkeit der afghanischen Kräfte muss konsolidiert werden.
- Deshalb werden wir **auch nach 2014 die afghanischen Sicherheitskräfte weiter ausbilden und unterstützen**, auch wenn der Bundeswehr-Einsatz in seiner bisherigen Form dann beendet ist. Zu diesem Zweck plant die **NATO eine Folgemission** auf Grundlage eines neuen UN-Mandats.

- **Dafür wird die Bundeswehr auch über 2014 hinaus mit deutlich geringerem Personalansatz in Afghanistan präsent bleiben und sich auf Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte konzentrieren.**

- Dafür bleibt ein nationales Unterstützungselement zwingend erforderlich, insbesondere für Sanität, Logistik und Führungsunterstützung.

- **Die Konferenzen in Bonn, Chicago und Tokio haben den Afghanen verdeutlicht, dass das Engagement der internationalen Gemeinschaft über 2014 hinaus glaubhaft ist.** Damit Afghanistan aber ein stabiler Staat werden kann, von dessen Boden aus keine terroristische Bedrohung für die internationale Sicherheit mehr ausgeht, sind afghanische Erfolge im inneren Versöhnungsprozess und die Verbesserung der Regierungsführung ebenso wichtig.

Übernehmen die Taliban nach 2014 wieder die Herrschaft?

Die Taliban gibt es nicht. Es handelt sich um ein loses Netzwerk von mehr oder weniger unabhängigen Gruppen. Auseinandersetzungen unter den verschiedenen politischen und militärischen Führern werden häufiger beobachtet. Das Haqqani-Netzwerk etwa ist Teil der Bewegung, wird von dieser aber nicht kontrolliert. Es ist die derzeit gefährlichste Gruppe in der Grenzregion zu Pakistan und wird für die spektakulären Anschläge in Kabul verantwortlich gemacht.

- **Eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans erfordert einen** Friedensprozess zur **politischen Konfliktlösung**, dessen Ergebnis die Verfassung und den darin enthaltenen Menschenrechtskatalog respektiert und die Einbeziehung der legitimen Interessen aller afghanischen Gruppen ermöglicht.
- **Das schließt auch die Taliban ein**, wenn diese ihre Waffen niederlegen, sich von Gewalt und Terrorismus lossagen und die afghanische Verfassung respektieren.
 - Anfang 2012 erklärten die Taliban erstmals öffentlich ihre Bereitschaft zum Eintritt in Verhandlungen. Nach der Aussetzung von Sondierungsgesprächen im März gibt es nun wieder Signale grundsätzlicher Verhandlungsbereitschaft. Allerdings besteht von Seiten der Taliban bisher wohl keine Bereitschaft zur Einbeziehung der afghanischen Regierung in Verhandlungen.
- Wir müssen **Befürchtungen aus der afghanischen Gesellschaft** ernst nehmen, dass **eine politische Lösung die errungenen Fortschritte nicht gefährden darf**. Afghanistan darf auch nicht erneut zu einem Verbündeten des internationalen Terrorismus werden. **Einen Frieden um jeden Preis kann es aber nicht geben.**
 - **Der Friedensprozess muss** (1) **unter afghanischer Führung** stehen und (2) **inklusiv die legitimen Interessen aller Afghanen** unabhängig von Geschlecht oder Status **berücksichtigen. Die Friedenslösung muss beinhalten** (3) **die Bestätigung eines souveränen, stabilen und geeinten Afghanistan,**

(4) **Gewaltverzicht**, (5) den **Bruch mit dem internationalen Terrorismus** und (6) **Respekt für die afghanische Verfassung** einschließlich der darin verankerten Menschen- und Frauenrechte. Und (7) **muss die Region den Friedensprozess und sein Ergebnis respektieren und unterstützen.**

- **Die Region spielt bei der innerafghanischen Versöhnung eine wichtige Rolle.** Afghanistan und seine Nachbarstaaten haben sich im Rahmen des *Heart of Asia*-Prozesses auf vertrauensbildende Maßnahmen in sieben Bereichen geeinigt, darunter auch Terrorismusbekämpfung. Eine **Verständigung zwischen Afghanistan und Pakistan** ist hierbei **unabdingbar.**
- Der **politische Prozess** darf nicht auf die Führung der Aufständischen begrenzt sein, sondern muss parallel auch **auf der Ebene der Provinzen und Distrikte** umgesetzt werden.
 - Das **Reintegrationsprogramm** der afghanischen Regierung kann erste Ergebnisse vorweisen. **Bisher wurden landesweit fast 5.400 ehemalige Kämpfer reintegriert, davon etwa 450 ehemalige Anführer der Aufständischen.**
 - Bei diesem Prozess nimmt **Deutschland** in seinem Verantwortungsbereich eine **Vorreiterrolle** ein: **Die Hälfte der Überläufer kommen aus dem Norden.**

Warum sind wir mit der Bundeswehr in Afghanistan?

Der ISAF-Einsatz wurde vom UNO-Sicherheitsrat am 20.12.01 einstimmig als Reaktion auf die Anschläge des 11. September beschlossen; zwei Tage später beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit (538:35:8) das Mandat zur deutschen Beteiligung. Auf Grundlage des 2012 erneut verlängerten UN-Mandats beteiligt sich die Bundeswehr an der ISAF-Mission, an der auch zahlreiche nicht-NATO-Staaten beteiligt sind.

- Der **Schwerpunkt** des deutschen militärischen Engagements liegt weiter auf dem **Schutz der afghanischen Bevölkerung** und vor allem auf der **Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte**.
- **Nach dem Beginn der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen im Sommer 2011 wird die Zahl unserer ISAF-Kräfte kontinuierlich reduziert.** Die neue Mandatsobergrenze wird von 4.900 (ursprünglich 5.350) auf 4.400 gesenkt. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und dem Verlauf des Übergabeprozesses folgt eine weitere Verringerung auf 3.300 bis Anfang 2014. Ende 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein.
- Damit endet unsere Verantwortung aber nicht. **Unsere Anstrengungen und Opfer in Afghanistan wären vergebens gewesen, wenn wir Afghanistan nach dem Ende des ISAF-Einsatzes sich selbst überlassen würden.**
- **Nach 2014** wird sich der von den Vereinten Nationen mandatierte ISAF-Einsatz unter Führung der NATO zu einer **Ausbildungsmission** wandeln. Zur Bewältigung dieser Aufgaben wird die **Bundeswehr weiterhin vor Ort präsent** bleiben.
- Deutschland engagiert sich als Teil der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan, um zu verhindern, dass Afghanistan wieder zum Rückzugsraum internationaler Terroristen wird. Der Einsatz der Bundeswehr war und ist **im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes**.
- Unsere Sicherheit wird heute von Entwicklungen gefährdet, die weit außerhalb unserer Grenzen entstehen können. Die **Gefahr eines Bürgerkriegs** in Afghanistan **mit regionalen Auswirkungen** ist **nicht vollständig gebannt. Sicherheit und Stabilität Afghanistans wirken sich unmittelbar auf uns aus.**

- Die **Terrorangriffe** von New York, Washington, Madrid und London hatten ihren **Ursprung in den Ausbildungslagern von Al Qaida und der Taliban**. Einige der dort ausgebildeten Terroristen haben inzwischen **auch in Deutschland verheerende Terroranschläge geplant** (Sauerland-Gruppe).
- Wir müssen den Gefahren für Sicherheit und Freiheit unseres Landes dort begegnen, wo sie entstehen. **Afghanistan darf nicht wieder zu einem gescheiterter Staat werden**, von dem aus **Terroristen gegen uns** agieren können.
- Der **Einsatz der Bundeswehr** bleibt **Ultima Ratio**. Sicherheit kann es auf Dauer nicht ohne Entwicklung und eine politische Lösung geben. **Aber Sicherheit** ist die **Voraussetzung jeder Entwicklung** und dafür, dass in Afghanistan nicht wieder Brutstätten des internationalen Terrorismus entstehen, die uns in Europa und der Welt bedrohen.

Was leistet Deutschland in Afghanistan?

Deutschland stand von Anfang an in der ersten Reihe des internationalen Engagements in Afghanistan, im zivilen wie im militärischen Bereich: Es war Ausrichter der ersten Wiederaufbau-Konferenz 2001 in Bonn, ist der drittgrößte bilaterale Geber (mit bis zu 430 Mio. Euro pro Jahr bis 2016) und Truppensteller (2011 mit bis zu 4.900 Soldaten). Deutschland spielt eine zentrale Rolle bei den politischen Bemühungen zur Stabilisierung Afghanistans.

- Die **Entwicklung der Sicherheitslage** im unter deutscher Führung stehenden **ISAF-Regionalkommando Nord** ist weiterhin grundsätzlich positiv. Die sicherheitsrelevanten Zwischenfälle gingen um 25% zurück. **Unter afghanischer Führung konnte die Sicherheit in den im Rahmen der Transition in afghanische Sicherheitsverantwortung übergebenen Distrikte weiter stabilisiert werden.**
- **Somit wurden die Voraussetzungen für eine Reduzierung unserer Einsatzkräfte geschaffen:** Aufgrund der verbesserten Lage sind bereits 82% der Distrikte im Norden an afghanische Sicherheitskräfte übergeben.
- Die Bundeswehr hat die **Einsatzfähigkeit** der **afghanischen Streitkräfte** (ANA) durch ihr Trainingsprogramm **entscheidend verbessert.** Beim **Polizei-Aufbau** wurden auch durch die deutschen Polizeitrainingszentren in Kabul und im Norden **deutliche Fortschritte** erzielt. Diese Arbeit wird intensiv fortgesetzt.
- Seit 2010 wurden die jährlichen **Mittel für den zivilen Aufbau** von 220 Mio. Euro auf bis zu 430 Mio. Euro pro Jahr bis 2016 **verdoppelt.** Der **Fokus** unserer an klare Bedingungen geknüpfte Förderung liegt auf **guter Regierungsführung und ländlicher Entwicklung.**
- **Beim Wiederaufbau** konzentrieren wir uns in Nordafghanistan auf die Bereiche **Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wirtschafts-entwicklung, gute Regierungsführung.** Beispiele für die Zeit seit 2009 sind:
 - **93.000 Lehrerinnen und Lehrer** wurden an Grund- und weiterführenden Schulen **aus- bzw. fortgebildet.** Der Neubau bzw. die Instandsetzung von 507 Grund- und weiterführenden Schulen wurde finanziert.

- **197.000 Mikrokredite** wurden **vergeben**, davon 30.000 an Frauen zur Förderung unternehmerischer Tätigkeit. Über **2.400 Kleine und Mittlere Unternehmen konnten** mit Hilfe der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft über **28.000 Arbeitnehmer beschäftigen**.
- **466 Kilometer Straße** wurden **neu gebaut oder instandgesetzt**. Die **Stromversorgung** wurde **für 1,2 Mio. Menschen** ausgebaut. **120.000 Haushalte** erhielten einen verbesserten **Trinkwasserzugang**.
- Durch unsere Unterstützung auf allen Ebenen des **Gesundheitswesens** erhalten bis zu 5 Mio. Menschen **medizinische Basisversorgung**. Der **Aufbau von Krankenhäusern** in den vier Nordostprovinzen schreitet weiter voran.
- Wir fördern die afghanische Eigenverantwortung und unterstützen die **Provinz- und Distriktverwaltungen** zu Verbesserung ihrer Leistungen und stärken den **Justizsektor** durch gezieltes Training und Ausbildung.

In Afghanistan fallen deutsche Soldaten.

„Niemand von uns verharmlost ... das Leid, das dieser Einsatz bei unseren Soldaten und ihren Familien, aber auch bei Angehörigen unschuldiger ziviler afghanischer Opfer hinterlässt. [...] Unsere im Einsatz gefallenen Soldaten waren tapfer, weil sie ihren Auftrag, unser Recht und unsere Freiheit zu verteidigen, in vollem Bewusstsein der Gefahren für Leib und Leben ausgeführt haben. [...] Sie haben uns Deutsche mit davor beschützt, dass wir in Zeiten der globalen Dimension unserer Sicherheit im eigenen Land Opfer von Terroranschlägen werden.“ (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung 22. April 2010)

- Seit Beginn des ISAF-Einsatzes haben sich **Bundeswehr-Angehörige mehr als 100.000 Mal auf den Weg in den Afghanistan-Einsatz gemacht**. Die Bundeswehr hat mit 52 Toten, davon 34 Gefallene, große Opfer erbracht.
- Die **Leistung unserer Soldatinnen und Soldaten verdient die Wertschätzung und Anerkennung**, die der Einsatz für Leib und Leben für die Sicherheit Deutschlands und den Schutz der afghanischen Bevölkerung gebietet. Das gilt selbstverständlich auch für die deutschen zivilen Helfer in Afghanistan.
- **Alle Soldaten, die in Afghanistan Dienst verrichten, verdienen unsere Solidarität und unser Mitgefühl**. Sie leben ständig in Angst, verletzt oder getötet zu werden - damit wir zu Hause in Deutschland nicht diese Angst haben müssen.
- **Nach Anschlägen auf die Bundeswehr in Afghanistan sollte nicht der innenpolitische Streit dominieren, sondern die Unterstützung für unsere Soldatinnen und Soldaten**. Wenn der Eindruck entsteht, wir würden uns von den Taliban und ihren Verbündeten einschüchtern lassen, dann steigt das Risiko für unsere Soldatinnen und Soldaten.
- **Bundeswehr-Soldaten sind in Gefechte verwickelt, die man umgangssprachlich als „Krieg“ bezeichnen kann. Nach dem humanitären Völkerrecht leisten sie in einem „nicht-internationalen bewaffneten Konflikt“ ihren Einsatz**.
- D.h. die ISAF-Kräfte, also auch die Bundeswehr, sind an der Seite der afghanischen Regierung Partei im bewaffneten Konflikt mit Aufständischen (Taliban). „Krieg“ hingegen bezieht sich völkerrechtlich auf bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten.

- **Wir stehen** sehr bewusst **zum Einsatz** unserer Soldatinnen und Soldaten sowie der Polizistinnen und Polizisten und der zivilen Helfer in Afghanistan. Ihr Einsatz ist gefährlich, er dient der Sicherheit unseres Landes.
- „**Es geht um die Sicherheit Deutschlands**, die Sicherheit Europas, die Sicherheit unserer Partner in der Welt, die auch am Hindukusch verteidigt wird.“ (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung 22. April 2010)
- Wenn wir aber den Einsatz in Afghanistan für richtig halten und das Mandat beschließen, dann ist es auch unsere Verantwortung für eine **angemessene Ausstattung** zu sorgen. Festzustellen, welche Art der Ausrüstung notwendig ist, das ist Aufgabe der militärischen Führung. **Was für den Einsatz notwendig ist, muss der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden.**

Der Afghanistan-Einsatz ist völkerrechtlich nicht legitimiert.

Der **ISAF-Einsatz** ist durch Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats legitimiert, die alle ohne Gegenstimmen verabschiedet wurden: Res. 1386 (20.12.2001) setzte ISAF einstimmig ein und wurde zuletzt durch Res. 2011 (9.10.2012) ebenfalls einstimmig bis zum 13. Oktober 2012 verlängert. Res. 1510 (13.10.2003) anerkannte einstimmig die Übernahme der ISAF-Führung durch die NATO (seit 11.8.2003, auf Bitten der UNO und der afghanischen Regierung) und weitete das Mandatsgebiet auf ganz Afghanistan aus. Die Bundeswehr hat sich 2008 aus dem OEF-Einsatz in Afghanistan zurückgezogen.

- „Dieses Mandat ist über jeden vernünftigen völkerrechtlichen oder verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben.“ (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung vom 22. April 2010)
- Der **ISAF-Einsatz** ist **durch 14 Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats** völkerrechtlich **legitimiert**. Alle 14 wurden **ohne Gegenstimmen** verabschiedet – auch mit Stimmen aus Asien, Afrika und Südamerika.
- Die NATO führt ISAF seit August 2003, **auf Bitten der UNO und der afghanischen Regierung**. Für die Führungsübernahme durch die NATO stimmten u.a. auch Russland, China, Syrien, Angola und Pakistan.
- ISAF ist **kein rein westlicher Einsatz**: 50 Nationen beteiligen sich, darunter Jordanien, Malaysia und die Vereinigten Arabischen Emirate.
- Der Einsatz wird darüber hinaus durch das **Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UNO-Charta** gedeckt, auf den sich die Resolutionen des Sicherheitsrates auch ausdrücklich beziehen.
- Dieses **Recht zur Selbstverteidigung** kann auch **kollektiv** wahrgenommen werden, wie hier durch die NATO nach dem Angriff auf eines ihrer Mitglieder (Artikel 5 des Nordatlantikvertrages).
- Das **Grundgesetz** sieht gemäß Artikel 24 die Beteiligung der Bundeswehr an Maßnahmen der kollektiven Selbstverteidigung der NATO vor – auch außerhalb des Bündnisgebiets. Das **Bundesverfassungsgericht** hat dies 1994 bestätigt. (AWACS-Urteil vom 12.07.1994.)